Polen

Agnieszka Łada

Nach den Europawahlen im Mai 2014 hatte in Polen von den Kommunalwahlen im November 2014 über die Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 hin zu den Parlamentswahlen im Herbst 2015 eine lange Wahlperiode begonnen. Die neue Ministerpräsidentin Ewa Kopacz (Bürgerplattform, PO), die Donald Tusk als Regierungschefin folgte, musste nicht nur die eigene Position stärken, sondern auch eine Wahlkampagne nach der anderen führen. Der Sympathievorsprung der PO durch die Wahl Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates hielt nicht lange an. Andrzej Duda von der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gewann die Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 und beendete nach 5 Jahren die Vorherrschaft der PO. Außenpolitisch stellt der hinter der östlichen polnischen Grenze herrschende Krieg in der Ostukraine die größte Herausforderung dar. Der NATO-Gipfel in Newport im September 2014 und der Versuch der Europäischen Kommission, eine Energieunion zu schaffen, waren für Polen angesichts der russisch-ukrainischen Krise von großer Bedeutung, wurden aber auch kontrovers diskutiert. Zudem blieben neue Ergebnisse beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Riga im Mai 2015 trotz aktiven Zutuns Polens aus. Angesichts der gegenwärtigen Krisen in und an den Außengrenzen der Europäischen Union geriet auch die Aufhebung des Verfahrens bei übermäßigem Defizit des Stabilitäts- und Wachstumspakts in den Hintergrund.

Innenpolitik – von der neuen Regierung zum neuen Präsidenten

Als Tusk Ende August 2014 zum Präsidenten des Europäischen Rates gewählt wurde, schien es vielen in Polen so, als sei eine Ära zu Ende gegangen. Tusk war nach sieben Jahren im Amt nicht nur der erste Premierminister nach 1989, der mehr als eine Wahlperiode an der Spitze der Regierung stand, er war auch die einzige Führungsperson seiner Partei. Die große gesellschaftliche Unterstützung, dank der seine Partei 2011 zum zweiten Mal als Sieger aus den Parlamentswahlen hervorging, ist aber inzwischen verschwunden. Laut einer Umfrage vom August 2014 sank die Zustimmung für die Regierung auf nur noch 23 Prozent.[1] Tusks Berufung auf den EU-Posten wurde gleichzeitig als eine große Herausforderung, aber auch als Chance für die Regierungspartei gesehen, kurz vor den kommenden Wahlen einen Neustart zu beginnen. Auch wenn seine Ernennung zum Präsidenten des Europäischen Rates einerseits als eine große Errungenschaft Polens gesehen und die besondere Stellung Tusks in der Europäischen Union anerkannt wurde, wurde sein Wechsel andererseits von der Opposition auch als Flucht nach Brüssel bezeichnet. Zur neuen Regierungschefin wurde Kopacz, die bisherige Parlamentspräsidentin (Sejm-Marschallin) und stellvertretende Vorsitzende der PO, gewählt. In der neuen Regierung aus der PO und dem kleineren Koalitionspartner, der Bauernpartei (PSL), kam es zu einigen personellen Veränderungen. So wechselte Grzegorz Schetyna an die Spitze des Außenministeriums. Der bisherige Außenminister, Radosław Sikorski, folgte Kopacz als Sejm-Marschall.

1 Centrum Badania Opinii Społecznej: Stosunek do rządu Nr.117/2014, abrufbar unter: http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2014/K_117_14.PDF (letzter Zugriff: 28.5.2015).

Somit bekleidet er zwar nach dem Präsidentenamt den prestigereichsten Posten, zieht sich aber aus der Außenpolitik zurück. Auch das Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung hat mit Maria Wasiak eine neue Chefin bekommen. Ihre Vorgängerin, Elżbieta Bieńkowska, wurde von Jean-Claude Juncker in die neue Europäische Kommission berufen. Auch im Justizministerium, Kulturministerium, Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung und im Innenministerium fand ein Personalwechsel statt.

Die Regierungsparteien setzten im Wahlkampf auf Kommunalebene im Herbst 2014 vor allem auf die hohen Zustimmungswerte Tusks in der Bevölkerung. Letztendlich fand ein Kopf-an-Kopf-Rennen der zwei größten Parteien, PO und PiS, statt. Die Unzufriedenheit mit der neuen Regierung wurde auch in den Wahlergebnissen deutlich, da die PO zwar wahlsystembedingt ein Übergewicht an Regionalregierungen erreichte, aber deutlich weniger Wahlstimmen erhielt. In Warschau konnte die bisherige Stadtpräsidentin, Hanna Gronkiewicz-Waltz, ihren Posten verteidigen. Traditionell erzielte die Bauernpartei ein gutes Ergebnis in kleineren Städten und auf dem Land. In den lokalen Parlamenten der Wojewodschaften, den lokalen Verwaltungsbezirken, gingen 26,9 Prozent der Wahlstimmen an die PiS, 26,4 Prozent an die PO, 23,7 Prozent an die PSL und 8,8 Prozent an die SLD.[2] Auch in den Kreis- und Gemeinderäten hatte die Partei PiS einen sehr kleinen Vorsprung, der in manchen Fällen sogar unter einem Prozent lag. In den großen Städten spielten auch Bürgerbewegungen wie die sogenannte „Allianz der Städte" zum ersten Mal eine Rolle für den Wahlkampf. Sie verstehen sich als Antwort auf das sinkende Vertrauen in die Politik und sind der Überzeugung, dass sich die polnische Bevölkerung lokal aktiver engagieren sollte.

Einen klaren Sieg hatte die PO in den Präsidentschaftswahlen erwartet. Ihr Kandidat, der amtierende Staatspräsident Bronisław Komorowski, lag in allen Umfragen weit vorne im Rennen. 63 Prozent der Befragten wollten ihn im Februar 2015 erneut wählen,[3] woraufhin die Partei ankündigte, die Wahlen bereits in der ersten Runde gewinnen zu wollen. Die Oppositionspartei PiS stellte den eher unbekannten und mit 42 Jahren relativ jungen Juristen und Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Andrzej Duda, zur Wahl auf. Dass der Parteivorsitzende, Jarosław Kaczynski, selbst nicht kandidierte, stieß in gegnerischen Reihen auf Kritik. Unerwartet war auch, dass sich der kleine Koalitionspartner der PO, die PSL, letztendlich doch dazu entschloss, mit einem eigenem Kandidaten anzutreten: Adam Jarubas, ein erfolgreicher Politiker auf Regionalebene, aber ohne jegliche Erfahrung in der nationalen Politik, sollte der Partei dazu verhelfen, aus dem Schatten der PO zu treten. Das linke Parteienspektrum schaffte es nicht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen. Am Ende schafften es die SLD-Kandidatin Magdalena Ogórek und Janusz Palikot, Vorsitzender und Gründer der Partei „Deine Bewegung" (Twój Ruch) ins Rennen um das höchste polnische Staatsamt. Dass Ogórek, eine 35-jährige Historikerin mit wenig Erfahrung in der Politik, die benötigte Anzahl an Unterschriften, um an beiden Wahlen antreten zu können, erzielte, war selbst für die SLD eine Überraschung. Noch fünf weitere Personen, darunter der euroskeptische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Janusz Korwin-Mikke, wurden zur Wahl zugelassen, die allesamt als Kandidaten dem rechten Parteienspektrum zuzuordnen sind. Auch unbekannt in der

2 Adam Jarosz: Analyse: Die Wahlen zur kommunalen Selbstverwaltung 2014 im Schatten eines Skandals, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Polen, 11.12.2014.

3 Centrum Badania Opinii Społecznej: Deklaracja uczestnictwa i preferencje w wyborach preyzdenckich na niespełna dwa miesiące przed głosowaniem, komunikat z badań nr 40/2015.

großen Politik, obwohl als Sänger sehr berühmt, ist Paweł Kukiz angetreten, welcher bisher einzig auf kommunaler Ebene politische Erfahrung gesammelt hatte.

Der Wahlkampf war vor allem vom traditionellen polnischen Zwist zwischen PO und PiS geprägt. Während die PO, überzeugt, einen leichten Sieg davonzutragen, sich wenig Mühe gab und sich auf die hohen Zustimmungswerte Komorowskis in den Vorwahlumfragen verließ, wurde die Kampagne von Duda sehr aktiv nach amerikanischem Muster geführt. Duda versprach als PiS-Kandidat einen politischen Wandel in Polen, vor allem mit Blick auf die soziale und wirtschaftliche Lage des Landes. Die Rücknahme der von der PO eingeführten Rentenaltersgrenze, die Erhöhung des Rentensatzes, Steuersenkungen, zusätzliches Geld für Familien und Investitionen in die Kohleindustrie – alles Forderungen, die nicht im Kompetenzbereich des Präsidenten, sondern der Regierung liegen – haben ihm viele Sympathien vor allen bei den Einkommensschwachen, der Jugend und älteren oder auf dem Land lebenden Bürgern gebracht. Die professionell und aktiv betriebene Wahlkampagne hat ihn zu einem populären Politiker in Polen gemacht. Im linken Lager zählte Ogórek, die sich zunehmend von der SLD distanziert hatte, bereits während des Wahlkampfs zu den Verlierern der Wahl. Auch Palikot konnte nicht mehr von seinem Newcomer-Bonus, der ihm in den Parlamentswahlen von 2011 10 Prozent der Stimmen eingebracht hatte, profitieren. Letztendlich spitzte sich die Wahl auf die zwei Kandidaten der größten Parteien zu, deren Umfragewerte sich kurz vor der Wahl zur großen Überraschung vieler immer weiter annäherten. Als Komorowski im Februar 2015 noch mit 63 Prozent und Duda mit lediglich mit 15 Prozent rechnen konnten, waren es im März 53 Prozent zu 20 Prozent und im April bereits 43 Prozent zu 26 Prozent.[4]

Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs bedeuteten ein böses Erwachen für die PO: Komorowski konnte sich mit 33,77 Prozent der Stimmen in der ersten Runde der Wahlen nicht gegen Duda (34,76 Prozent) durchsetzen. In der anschließenden Stichwahl verlor er trotz der späten Mobilisierung der PO gegen Duda mit 48,45 Prozent zu 51,55 Prozent. Die Abwahl des bis dato amtierenden Präsidenten wurde einerseits mit der eher als „langweilig“ oder „arrogant“ geführten Wahlkampagne Komorowskis, andererseits mit dem Überdruss Vieler nach fast acht Jahren der PO an der Staats- und Regierungsspitze erklärt. Viele der PO-Wählerschaft nahmen daher aus Protest nicht an den Wahlen teil oder stimmten im ersten Wahlgang für Kukiz. In der Stichwahl wechselte 60 Prozent der Kukiz-Wählerschaft zu Duda. Zudem stimmte jeder fünfte, der 2010 Komorowski gewählt hatte, 2015 ebenfalls für Duda.

Große Herausforderungen hinter der östlichen Grenze – die russisch-ukrainische Krise

Außenpolitisch stellte der russisch-ukrainische Konflikt weiterhin das wichtigste Thema dar, obwohl das Abflauen der Kämpfe nach dem Minsker Abkommen die Wahrnehmung in Polen völlig verändert hat. Die Fülle der Medienberichterstattung ist zwar im Vergleich zur Zeit des Ausbruchs der Krise zurückgegangen, blieb aber konstant. In einer Umfrage vom Februar 2015[5] wurde Russland von 61 Prozent der polnischen Befragten als alleiniger Verursacher dieses Konflikts genannt. Dass Russland und die Ukraine die Verantwortung für die Krise tragen, gaben 20 Prozent an. Die aggressive Vorgehensweise Russlands und

4 Centrum Badania Opinii Społecznej: Preferencje w wyborach prezydenckich, komunikat z badań nr 55/2015.

5 Jacek Kucharczyk/Agnieszka Łada/Gabriele Schöler/Łukasz Wenerski: Close together or far apart? Poles, Germans and Russians on the Russia-Ukraine Crisis, Warschau 2015.

die historisch belastete Beziehung zwischen beiden Ländern führten dazu, dass sich 76 Prozent der Befragten vom großen Nachbarn bedroht fühlten.[6] Trotzdem lehnten 56 Prozent der Befragten Waffenlieferungen in die Ukraine ab, auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Polen blieb sowohl in der polnischen Bevölkerung als auch in der Regierung strittig.[7] Die Verlagerung von NATO-Truppen in östliche Bündnisländer wie Polen wird jedoch befürwortet, da die NATO wie die Vereinigten Staaten als wichtige Garanten für die Sicherheit Polens gesehen werden. Deshalb waren die polnischen Vertreter mit den Ergebnissen des NATO-Gipfels im September 2014 in Newport und des dort verabschiedeten Plans für eine erhöhte Einsatzbereitschaft, dem NATO Readiness Action Plan, grundsätzlich zufrieden, da ein Kompromiss ausgehandelt werden konnte.[8] Vor allem die Aufstellung der sogenannten „Speerspitze des Bündnisses", also einer schnellen Eingreiftruppe zum Schutz der ost- und mitteleuropäischen Bündnispartner an ihren Grenzen (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF), wird befürwortet. Außerdem wurde der Ausbau des Multinationalen Korps Nordost im polnischen Stettin begrüßt. Die Hilfsleistungen aus Polen konzentrierten sich hauptsächlich auf die Reformierung der ukrainischen Selbstverwaltung, da Polen nach der Wende als Musterknabe in diesem Bereich galt. So wurden polnische Experten in die Ukraine entsendet,[9] Schulungen und Studienreisen organisiert und andere Projekte unterstützt, die bei der Implementierung der Reformen nützlich sind. Für das Jahr 2015 werden zudem 2 Mio. Polnische Zloty investiert.[10]

Die polnische Regierung plädierte weiterhin für die Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland, auch wenn davon wie von den Gegenreaktionen Russlands die polnische Landwirtschaft und Unternehmen betroffen sind. Jedoch gehen Schätzungen davon aus, dass die Beeinträchtigung der polnischen Wirtschaft eher gering ausfalle. Bisher sank der polnische Export nach Russland von 5,3 auf 4,3 Prozent,[11] was aber auch an der generell schlechten wirtschaftlichen Lage Russlands lag. Die polnische Bevölkerung bleibt jedoch kritisch gegenüber der Krisenpolitik der Regierung. Nur jede/r vierte Befragte beurteilte diese im Februar 2015 als positiv, während mehr als die Hälfte der Befragten eine negative Meinung dazu hatte. Entweder wünschten sich die Befragten eine härtere Politik gegenüber Russland oder mehr Verständnis.[12]

Polen ist ein klarer Befürworter der Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union, wobei die polnische Regierung hierzu ernsthafte Reformen innerhalb der nächsten Jahre voraussetzt. Polen plädierte bereits im Vorfeld des Gipfels der Östlichen Partner-

6 Allerdings hat die Angst der polnischen Bevölkerung vor einem Angriff der russischen Armee auf Warschau im Vergleich zum Sommer 2014 nachgelassen, was auch den Wahlkampf beeinflusst hat.

7 Defence 24: Wojsko Polskie będzie szkolić ukraińskich żołnierzy, 31.3.2015, abrufbar unter: http://www.defence24.pl/news_wojsko-polskie-bedzie-szkolic-ukrainskich-zolnierzy (letzter Zugriff: 28.5.2015).

8 Niklaus Nuspliger: Nato-Gipfel in Wales. Eine «Speerspitze» zur Abschreckung, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.9.2014.

9 Eastbook: Reforma samorządowa na Ukrainie, decentralizacja nie federalizacja, 20.6.2014, abrufbar unter: http://eastbook.eu/2014/06/country/ukraine/reforma-samorzdowa-na-ukrainie-decentralizacja-nie-federalizacja/ (letzter Zugriff: 28.5.2015).

10 Fundacja Solidarności Międzynarodowej: Wsparcie na rzecz reformy samorządowej na Ukrainie, abrufbar unter: http://www.solidarityfund.pl/pl/wsparcie-na-rzecz-reformy-samorzadowej-na-ukrainie (letzter Zugriff: 28.5.2015).

11 Obroty handlu zagranicznego ogółem i według krajów I–XII 2015. Wyniki wstępne, Główny Urząd Statystyczny, Warszawa, 11 lutego 2015 roku.

12 Kucharczyk/Łada/Schöler/Wenerski: Poles, Germans and Russians on the Russia-Ukraine Crisis, 2015.

schaft in Riga dafür, der Ukraine, Moldau und Georgien eine klare europäische Perspektive zu bieten und die Visaabschaffung für Georgien und die Ukraine anzukündigen.[13]

Der schwerfällige Weg hin zur Energieunion

Eine der größten europäischen Herausforderungen neben der russisch-ukrainischen Krise stellte immer noch die Klima- und Energiepolitik dar. Schon auf dem EU-Gipfel im Oktober 2014, an dem Kopacz erstmals in ihrer Rolle als Ministerpräsidentin Polens auftrat, wurde ein Klima- und Energiepaket mit Zielen bis 2030 verhandelt. Kopacz zählte zu den Bremsern der Verhandlungen und setzte sich effektiv dafür ein, dass auf Polen keine neuen Belastungen durch eine zu hohe Zielmarke für das Energiesparen zukommen.[14]

Enttäuscht zeigte sich Polen hingegen von dem am 25. Februar 2015 vorgestellten Bericht der Europäischen Kommission zum Thema Energieunion. Die Idee einer Europäischen Energieunion wurde ein Jahr zuvor vom damaligen Premierminister Tusk ins Gespräch gebracht. Im Zentrum seines Vorschlags stand eine größere Solidarität innerhalb der Europäischen Union. So forderte Tusk mehr Mittel für den Ausbau der Infrastruktur, Akzeptanz der fossilen Brennstoffe und gemeinsame Gas-Einkäufe aller EU-Länder.[15] Die Konkretisierungen dieser Idee durch die Kommission[16] seien laut polnischer Experten weniger vorteilhaft für Polen. Vor allem die Idee der gemeinsamen Einkäufe und Transparenz der Gasverträge wurde nicht in dem Maße unterstützt, wie es sich Polen erhoffte. Der Bericht gehe zu umfangreich auf die Klimaschutzpolitik ein, wodurch das Hauptziel der Energieunion, die Energiesicherheit, verwässert werde. Die Regierung ist aber mit der Konzeption der Energieunion, welche auf der Tagung des Europäischen Rates im März 2015 beschlossen wurde,[17] zufrieden, da diese grünes Licht für die Transparenz der Verträge und für gemeinsame Einkäufe, wenn auch auf freiwilliger Basis, gibt.[18] In diesem Fall zeigte sich die polnische Regierung als gutes Beispiel für Lernfähigkeit und Kompromissbereitschaft.

Wirtschaft

Die Einführung des Euros in Polen war kein vordergründiges Thema im Präsidentschaftswahlkampf. Zwar plädierte der Kandidat der PiS, Duda, gegen eine Einführung des Euros und warf seinem Gegner Komorowski vor, eine baldige Einführung zu fördern, jedoch entstand daraus keine ernsthafte Diskussion. Eurogegner wie die PiS hoben als Hauptargument immer wieder einen drohenden Anstieg der Preise als Folge der Euroeinführung hervor. Deshalb plädierte Duda dafür, erst dann einen Beitritt Polens in die Eurozone zu

13 Grzegorz Dyjak: Kopacz przybyła do Rygi na szczyt Partnerstwa Wschodniego, 21.5.2015, abrufbar unter: http://wiadomosci.onet.pl/swiat/kopacz-przybyla-do-rygi-na-szczyt-partnerstwa-wschodniego/w7mxk5 (letzter Zugriff: 28.5.2015).

14 Zeit Online: EU-Gipfel einigt sich auf Klimaschutz-Paket, 24.10.2014.

15 Donald Tusk: A united Europe can end Russia's energy stranglehold, in: Financial Times, 21.4.2014.

16 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank. Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie, COM (2015) 80 final.

17 Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates (19. und 20. März 2015) – Schlussfolgerungen, EUCO 11/15.

18 Łukasz Wenerski: The Energy Union: a Polish perspective, in: Agnieszka Łada/Magdalena Skłodowska/Melchior Szczepanik/Łukasz Wenerski (Hrsg.): The Energy Union: Views from France, Germany, Poland and the United Kingdom, Warschau 2015.

erwägen, wenn das Realeinkommen in Polen dem in Westeuropa angeglichen sei.[19] Die Opposition zum Euro findet auch in der Bevölkerung eine breite Unterstützung: In einer Umfrage vom April 2015 sprachen sich 46 Prozent der polnischen Bevölkerung gegen die Euroeinführung aus. Die Befürworter des Euros hingegen wünschten sich entweder eine Einführung nach fünf Jahren, wenn Polen die wirtschaftlichen EU-Konvergenzkriterien erfülle, oder sogar erst nach zehn Jahren.[20] Die polnische Regierung selbst unternimmt wenig, um die Einführung des Euros zu verwirklichen und kündigt nur weitere Analysen an. Laut Kopacz solle der Beitritt zur Eurozone erst dann stattfinden, wenn es für Polen vorteilhaft sei[21] – eine Äußerung, die seit Jahren zu hören ist. Immerhin gab die Europäische Kommission im Mai 2015 bekannt, dass das Verfahren bei übermäßigem Defizit[22] gegen Polen aufgehoben wurde.[23] Nach Schätzungen der Kommission werde das Haushaltsdefizit in Polen 2015 auf 2,8 Prozent und 2016 auf 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken. Auch während des Präsidentschaftswahlkampfs blieb die Debatte über die Auswanderung polnischer Arbeitskräfte nach Westeuropa brisant. Insbesondere angesichts der Unterhauswahlen 2015 in Großbritannien, als seitens rechter und konservativer Parteien die Kürzung von Sozialleistungen für und eine mögliche Schließung des Arbeitsmarktes vor ausländischen Arbeitskräften breit thematisiert wurde, verschärfte sich der öffentlichen Diskurs zur Arbeitsmigration in Polen. Schließlich stammt die zweitgrößte Zuwanderergruppe aus Polen. Die PiS warf der amtierenden Regierung im Wahlkampf vor, sie habe eine wirtschaftliche Lage herbeigeführt, die viele zur Emigration zwang. Die Arbeitslosenquote selbst nahm in Polen jedoch ab und zwar von 9,6 Prozent im März 2014 auf 7,7 Prozent im Juni 2015.[24]

Fazit

Trotz einer positiven Bilanz der letzten zehn Jahre zeigte sich die polnische Bevölkerung mit der Regierungspolitik der PO unzufrieden, was insbesondere die Präsidentschaftswahlen deutlich machten. Ob der Erfolgskurs der PiS bestehen bleibt, werden die Parlamentswahlen im Herbst 2015 zeigen, deren Ergebnis auch einen direkten Einfluss auf die polnische Europa- und Außenpolitik haben könnte. Im Falle einer Cohabitation, also wenn Staatspräsident und Parlamentsmehrheit verschiedenen Parteilagern zugehören, werden die Beziehungen Polens mit den europäischen Partnern davon abhängen, ob Duda seinen moderaten Politikstil beibehält, oder sich eher von Jarosław Kaczyński und anderen, mehr konfrontativen Parteimitgliedern beeinflussen lässt. Falls Duda auf eine Parlamentsmehrheit aus dem eigenen Lager trifft, ist ein eher konservativer Kurs, der die Beziehungen sowohl mit Berlin als auch mit Moskau verschlechtern wird, und eine wenig konstruktive Haltung zu europapolitischen Angelegenheiten zu erwarten.

19 Mmu/pz: Eksperci: ws. euro trzeba informować, z przyjęciem spieszyć się powoli, in: bankier.pl, 18.5.2015.

20 Mt/tka: Euro w Polsce? Blisko połowa badanych: nigdy, 4.4.2015, abrufbar unter: http://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/euro-w-polsce-sondaz-faktow-tvn,530617.html (letzter Zugriff: 28.5.2015).

21 Nik/asa: Premier Kopacz zapowiedziała analizy dot. akcesji do EMU, ale bez daty wejścia, in: bankier.pl, 1.4.2015.

22 Polen unterlag dem Verfahren seit 2009.

23 Europäische Kommission: Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung der Entscheidung 2009/589/EG über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Polen, COM (2015) 243 final.

24 Eurostat: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppe - monatliche Daten, 6.8.2015, abrufbar unter: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do (letzter Zugriff: 7.8.2015).